

Agitation für Verstaatlichung der Kohlen- gruben in England.

Schon wiederholt ist die Uebernahme des ganzen Bergbaues durch den Staat empfohlen worden, in Deutschland wie in Oesterreich und in England. Anlaß zum Wiederaufleben dieser Verstaatlichungsagitation ergab sich vor allem schon bei längerer Dauer und größerer Ausdehnung von Streiks der Grubenarbeiter, ferner bei Erhöhungen der Kohlenpreise. Für die Grubenverstaatlichung führte man an, der Staatsbetrieb wäre berufen, die Lage der Grubenarbeiter zu verbessern, den Betrieb zu verbilligen und durch eine auf sozialwissenschaftlicher Grundlage aufgebaute Preispolitik auch dem Kohlenverbraucher mehr Schutz für dessen Kohlenversorgung zu bringen. In England ist die Agitation für die Grubenverstaatlichung nun abermals erwacht. Vor allem aus Erwägungen, die mit den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz zusammenhängen, dann aber auch aus staatsfinanziellen Rücksichten. In einem ausführlichen Aufsatze des „New Statesman“ wird der von den Fabians angeregte Plan der Verstaatlichung der Kohlenbergwerke besprochen. Bei den Fabians handelt es sich bekanntlich um eine englische sozialistische Gruppe, auf deren Programm selbstverständlich die Verstaatlichung aller Produktionswerte steht. Aber von Bedeutung ist es jedenfalls, daß der „New Statesman“ sich mit dem Projekt in recht zustimmender Weise beschäftigt. In der Besprechung des letzteren Blattes heißt es, wie der „Berl. Börsen-Courier“ berichtet, unter anderem: Auf der Pariser Wirtschaftskonferenz im Juni haben die Verbündeten sich einverstanden erklärt, für einander vor allen anderen Ländern ihre Bodenschätze während des ganzen Zeitraums des Wiederaufbaus von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Seehandel nach dem Kriege zu bewahren. Nun ist unter den Bodenschätzen Englands der größte — seine Kohle. Soll diese den Verbandsgenossen vorbehalten werden, so ist es klar, daß sie zunächst für England selbst bewahrt werden muß. Bisher jedoch sind die englischen Kohlenfelder — der bedeutendste materielle Wert des Landes — durch Privatkapitalisten ausgebeutet und keiner Einschränkung oder Ueberwachung unterworfen worden. In Zukunft muß dieser Wirtschaftszweig notwendigerweise in weitem Maße der Ueberwachung der Regierung unterworfen sein. Der Krieg hat dafür bereits weitreichende Präzedenzfälle geschaffen.

Nach dem Kriege werden wir nicht mehr imstande sein, jede Fabrikindustrie mit Kohlenpreisen zu belasten, die durch verschwenderische Methoden der Förderung und Verteilung unnötig in die Höhe getrieben sind. Auch werden wir uns als Haushaltungsvorstände weigern, uns für Kohle mehr berechnen zu lassen, nur weil der Winter herannahet. Soll es nicht möglich sein, daß ein Kohlenministerium die gesamte Förderung und den Transport der Kohle übernimmt, und daß die Stadtverwaltungen die Haushaltskohle an alle Haushaltungen zu einem bestimmten einheitlichen Preise verteilen, der dann ebenso wenig erhöht werden darf, wie der für Briefmarken?

Dieser Plan einer Kohlenversorgung der Öffentlichkeit durch die Regierung und die Stadtverwaltungen ist durch das „Fabian Research Departement“ zum Gegenstand von Studien gemacht worden, deren Ergebnisse soeben in dem Buche „How to pay for the War“ enthalten sind. Danach scheint es, als ob alle Kohlenbergwerksbesitzer und alle Empfänger von Pachtzinsen aus Kohlenländereien, will man ihnen den vollen Börsenpreis ihres Eigentums bezahlen, mit einer Summe ausgelauft werden könnten, die wenig höher ist als der Kleinhandelspreis, den England für seine Kohle in einem einzigen Jahre ausgibt.

Das Kohlenministerium, das imstande sein würde, den Bergwerksbetrieb gänzlich regelmäßig zu gestalten und jedes Bergwerk auf eine einheitliche Höhe zu bringen, könnte mit den Eisenbahn-, Kanal- und Schiffsahrts-Gesellschaften gemeinschaftlich eine Abmachung über die Frachtpreise treffen oder aber auch die ganze Beförderung in seine Hand nehmen und dann regelmäßig an jedem Eisenbahnhof, jedem Kanaltal und jedem Schiffsahrtshafen in England die gewöhnlich erforderliche Kohlenmenge zu dem festgesetzten Preise abliefern, der für das ganze Königreich einheitlich auf 15 Schilling die Tonne bemessen wäre. Die Lokal-Verwaltungen, denen die Aufgabe der Abgabe und Lieferung im Kleinhandel zufallen würde, könnten möglicherweise die 40.000 Motormwagen nutzbar machen, die das Kriegsamt eines Tages wird abgeben können. Für die Spesen könnten sie 2 Schilling für die Tonne berechnen und für die Ablieferung weitere 3 Schilling. Bei einem solchen Preis für Haushaltskohle könnte das Kohlenministerium, so wird behauptet, die Löhne für die Kohlenbergwerksarbeiter auf den höchsten örtlichen Lohnsatz bringen, damit alle heutigen Lohnfragen unter dieser Arbeiterschaft beseitigen, einen sehr notwendigen Fonds für die Behausung der Kohlenarbeiter bilden, die ununterbrochene Lieferung für die Ausfuhr und für alle industriellen Zwecke zu den Preisen gewährleisten, die vor dem Kriege galten, völlige Gleichmäßigkeit des Betriebes auf den Gruben und ununterbrochene Ablieferung sichern, indem es stets den Bedarf eines Jahres in den örtlichen Lieferungsstellen auf Vorrat hat, die gesamten Anlaufkosten verzinsen und abtragen, dabei mehr Geld zur Verfügung stellen, als augenblicklich für die Anlage neuer Gruben ausgegeben wird, und doch einen Rein-Ueberschuß von mehreren Millionen an den Schatzkanzler abgeben.